Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen, vertreten durch den Landrat, und der kreisangehörigen Stadt Marl, vertreten durch die Bürgermeisterin, zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung

5.7

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen, vertreten durch den Landrat, und der kreisangehörigen Stadt Marl, vertreten durch die Bürgermeisterin, zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung

Präambel

Der Kreis Recklinghausen und die große kreisangehörige Stadt Marl sind für die Feststellung und Bewilligung der Leistungen zur Unterhaltssicherung entsprechend den Bestimmungen der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach dem Unterhaltssicherungsgesetz in der zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung geltenden Fassung örtlich zuständig.

Vor dem Hintergrund konstant geringer Fallzahlen in der Unterhaltssicherung ist eine zentralisierten Bearbeitung aller in der örtlichen Zuständigkeit des Kreises Recklinghausen und der kreisangehörigen Stadt Marl liegenden Leistungsfälle sinnvoll.

Die Aufgabenbündelung bewirkt mit ihren Synergieeffekten nach der Überzeugung der beteiligten Leistungsträger eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und sichert die Qualität der Sachbearbeitung auch bei weiter rückläufigen Fallzahlen.

Mit dieser Zielsetzung vereinbaren der Kreis Recklinghausen und die große kreisangehörige Stadt Marl folgendes:

§ 1

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mandatierender Art

Der Bürgermeister der Stadt Marl (Mandant) erteilt dem Landrat des Kreises Recklinghausen (Mandatar) ein unbefristetes Mandat zur Erfüllung der sachbearbeiterischen Tätigkeiten innerhalb der Kreisverwaltung zur Umsetzung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG) und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften in den jeweils geltenden Fassung.

Der Mandatar nimmt das Mandat, das hier im Wege einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 23 Absatz 2 Satz 2 GkG zustande kommt, an und verpflichtet sich, die ihm im Wege der Mandatierung übertragenen Aufgaben unter Beachtung der maßgeblichen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften wahrzunehmen.

Der Aufgabenbereich USG wird ausschließlich bestimmt durch die Anwendung von Rechtsvorschriften des Bundes. Mitwirkungsrechte der Vertretungskörperschaft des Mandanten werden durch die Umsetzung des Bundesrechts durch den Mandatar in keiner Weise berührt.

Das Mandat umfasst die umfassende Bearbeitung der Leistungsanträge bis hin zur Entscheidung über den Antrag Namens und im Auftrag des Mandanten. Das Mandat schließt auch alle notwendigen Zahlungsvorgänge ein.

Die gebotene Bürgernähe im örtlichen Bereich wird durch die Annahme der Leistungsanträge und die umfassende Information über die weitere Bearbeitung durch den Mandatar in den Verwaltungsgebäuden der Stadt Marl sichergestellt.

Der Mandatar stellt sicher, dass die Bearbeitung eventuell eingehender Widerspruchsfälle aus der Anwendung geltender Gesetze innerhalb der Kreisverwaltung personal-organisatorisch getrennt von der Sachbearbeitung erfolgt.

Für die Prozessführung in eventuellen Verwaltungsstreitverfahren aus der Anwendung beider Gesetze erteilt der Mandant dem Mandatar eine Generalvollmacht, die mit dem Ende des Mandats ausläuft.

Diese öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mandatierender Art bedarf gemäß § 24 Absatz 2 GKG der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde.

§ 2

Finanzierung der Leistungen

Soweit die nach dieser Vereinbarung durch den Kreis Recklinghausen zu erbringenden Leistungen nicht aus Bundesmitteln oder sonstigen zweckbestimmten Einnahmen finanziert werden, verpflichtet sich die Stadt Marl in den ihren Zuständigkeitsbereich betreffenden Fällen zur Kostenerstattung an den Kreis.

Der Kreis stellt der Stadt Marl die zu erstattenden Leistungen halbjährlich jeweils zum 31.03. bzw. 30.09. eines Jahres in Rechnung.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen, vertreten durch den Landrat, und der kreisangehörigen Stadt Marl, vertreten durch die Bürgermeisterin, zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung

5.7

§ 3

Beteiligung an den Kosten der Arbeitsplätze

Durch die Aufgabenwahrnehmung für die Stadt Marl nach § 2 dieser Vereinbarung werden dem Kreis Recklinghausen zusätzliche Arbeitsplatzkosten entstehen, die auf der Basis der KGST-Gutachten (Stand 06/2002) ermittelt werden.

Die Stadt Marl verpflichtet sich, diese Arbeitsplatzkosten entsprechend der Anzahl der an den Kreis Recklinghausen übertragenen Fälle zu erstatten.

Die Beträge ergeben sich aus der als Anlage 1 beigefügten „Konzeption zur Ermittlung der Kosten einer Zentralisierung der KOF / USG – Sachbearbeitung beim Kreis Recklinghausen“. Die darin enthaltenen Daten und die sich daraus ergebende Kostenberechnung wird durch die Stadt Marl bis zum 30.06. des Folgejahres als zutreffend anerkannt.

Die zukünftigen Kostenbeteiligungen werden danach für jeweils zwölf Monate (01.07. bis 30.06.) aufgrund der zum 31.12. des Vorjahres ermittelten Fallzahlen, des sich hieraus beim Kreis Recklinghausen ergebenden Personalbedarfes und des zu diesem Zeitpunkt gültigen KGST-Gutachtens festgesetzt.

Die Stadt Marl wird jeweils zum 31. März, zum 30. Juni, zum 30. September sowie zum 31.12. des Jahres ein Viertel der für diesen Zeitraum ermittelten Kostenbeteiligung an den Kreis Recklinghausen überweisen.

Konzeption zur Ermittlung der Kosten der Zentralisierung der USG – Sachbearbeitung beim Kreis Recklinghausen

Für die Aufgaben aus dem Bereich des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG) und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften wird eine Stelle A8 mittlerer Dienst bzw. einer vergleichbaren BAT-Einstufung notwendig.

Die Kosten für die beim Kreis zusätzlich einzurichtenden Arbeitsplätze werden auf der Basis des KGST-Gutachten (Stand 06/2002) ermittelt, in dem auch die Definitionen der einzelnen Kostenanteile erläutert sind.

5.7

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen, vertreten durch den Landrat, und der kreisangehörigen Stadt Marl, vertreten durch die Bürgermeisterin, zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung

in Euro (€)	USG
	A 8 m.D.
Personalkosten	41.500,00
Sachkosten *	13.900,00
Gemeinkosten 20 %	8.300,00
insgesamt	63.700,00

Nach den Ermittlungen des Hauptamtes des Kreises Recklinghausen, die sich auch auf einen interkommunalen Vergleich im Februar 2004 stützen, kann für den USG-Bereich von 416 Fällen pro Sachbearbeiter ausgegangen werden. Somit ergeben sich die folgenden Fallkostenpauschalen:

	USG
vorhandene Fälle *) einschl. Kreis (Stand 31.12.2002)	416
Fälle pro Sachbearbeiter	416
SB-Stellen beim Kreis gesamt	1
Kosten pro SB-Stelle A8	63.700,00 €
Kosten pro Fall (SB A8) **)	153,13 €

*) **Falldefinitionen:** Im USG-Bereich zählen die Anzahl der Anträge im laufenden Kalenderjahr.

***) **Kosten-KGSt :** Anzahl der Fälle * Anzahl benötigter SB

Für die Aufgaben aus dem Bereich des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG) und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften wird für das erste Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung folgende Kostenbeteiligung vereinbart:

Fälle	x	Fallkosten	=	Kostenbeteiligung
Stand: 13.04.2004				
64	x	153,13 €	=	9.800,32 €

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen, vertreten durch den Landrat, und der kreisangehörigen Stadt Marl, vertreten durch die Bürgermeisterin, zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung

5.7

§ 4

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam oder nicht durchführbar sein oder werden, so werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Stadt Marl sowie der Kreis Recklinghausen sichern sich für diesen Fall zu, die betroffene Regelung durch eine wirksame oder durchführbare, dem Sinn der Vereinbarung entsprechende Regelung zu ersetzen, durch die der beabsichtigte Vertragszweck erreicht wird. Entsprechendes gilt für Regelungslücken der Vereinbarung.

§ 5

Schlussbestimmungen

Diese Vereinbarung tritt – vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde - am 1. Januar 2005 in Kraft.

Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Die Vereinbarung kann von den einzelnen Beteiligten zum Ende eines Jahres mit Wirkung zum 31.12. des Folgejahres gekündigt werden.

Falls sich durch eine Änderung der maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen erhebliche Auswirkungen auf die Durchführung der Unterhaltssicherung ergeben, die eine kurzfristige Änderung oder die Aufgabe des vereinbarten Verfahrens notwendig machen, kann diese Vereinbarung von jedem Beteiligten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der gesetzlichen Änderung gekündigt werden.

Für die Stadt Marl
Marl, den 06.12.2004

Für den Kreis Recklinghausen
Recklinghausen, den 16.12.2004

Heinrich
Bürgermeisterin

Welt
Landrat

5.7

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen, vertreten durch den Landrat, und der kreisangehörigen Stadt Marl, vertreten durch die Bürgermeisterin, zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung

Genehmigung

Vorstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 06.12./16.12.2004 zwischen dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Marl zur Aufgabenerfüllung im Sachgebiet Unterhaltssicherung wird hiermit gemäß § 24 Absatz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV: NRW: S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV: NRW: S. 245), genehmigt.

Münster, 17.12.2004

Bezirksregierung Münster
31.1.6-RE-02/2004
Im Auftrag
(Gehrke)

(Bekannt gemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster Nr. 33 vom 13.08.2004, Berichtigung: (Bekannt gemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster Nr. 5 vom 04.02.2005)
(Bekannt gemacht im Amtsblatt des Kreises Recklinghausen Nr. 11/2005 vom 20.01.2005)